Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

focus 4/16
Juni

STANDPUNKT

Die Stadt: ein Raum in Bewegung

Vincent Kaufmann
Direktor des Labors für
Stadtsoziologie
ETH Lausanne

Die Urbanität hat unter dem Einfluss des Beschleunigungspotentials, das die neuen Transport- und Kommunikationssysteme mit sich bringen, einen tiefreichenden Veränderungsprozess begonnen. Die Wissenschaft hat zu dieser Frage ein terminolgisches Mosaik und verschiedene Forschungsansätze entwickelt und lehrt uns insbesondere, dass der Wandlungsprozess die räumliche und soziale Differenzierung der Städte nicht auflöst, sondern eher akzentuiert. Die Unterschiede bauen sich zudem um neue Dimensionen auf und sind mit territorialen und statischen Konzepten nur schwer erkennbar. Dies bedeutet auch, dass sich die Rahmenbedingungen für politisches Handeln im urbanen Raum verändern.

So haben die Verfügbarkeit des schnellen Reisens und der Kommunikation über weite Distanzen einen erheblichen Einfluss auf Gesellschaften und Territorialität. Beiden Angeboten liegen Volksentscheide zugrunde und sie werden auch intensiv genutzt. Die Nutzung fällt aber oft anders aus, als ursprünglich vorgesehen. Die zeitliche und räumliche Organisation der Städte und Räume muss unterschiedlichste Geschwindigkeiten bewältigen: Von der Langsamkeit eines Fussmarsches bis zur Unmittelbarkeit der Telekommunikation.

Die Mobilität von Personen, Gütern und Ideen steht im Zentrum der globalen Veränderungen und betrifft sämtliche Bereiche des ökonomischen, politischen und sozialen Lebens. Das Mobilitätswachstum verursacht nicht zuletzt Umweltprobleme, die von der Luftverschmutzung über den Lärm bis zum Land- und Energieverschleiss reichen. Zudem kreiiert es neue Probleme des räumlichen und sozialen Zusammenhaltes und erhöht die Schwierigkeiten beim Informations- und Wissensmanagement. Es entstehen Konfrontationspotentiale (interkulturelle Spannungen, lokale und globale Auseinandersetzungen).

Es ist deshalb entscheidend, Mobilität nicht nur auf der Basis der technischen Möglichkeiten bei Transport und Kommunikation zu betrachten. Transportleistungen, seien sie nun für Dinge oder Menschen, leiten sich meist aus einem menschlichen Bedürfnis ab. Nur wenn man die Handelslogiken erfasst, welche die Bewegungen auslösen, entdeckt man deren politischen und sozialen Konsequenzen. Dies wiederum erlaubt es, die Struktur und das Funktionieren unserer Gesellschaft in der Tiefe zu analysieren. In anderen Worten: Es geht nicht nur darum, den Wandel der Lebensformen zu betrachten – Pluralismus, Individualismus etc. – sondern auch die sozialen und technischen Formalitäten, die dahinterstehen, zu erfassen. Etwa ökonomische Entwicklungen, technische Innovation, Gewohnheitsveränderungen, sowie neue Formen der Ungleichheit und allenfalls soziale Konflikte.

Liebe Leserin, lieber Leser

Fliegende Autos, Magnetschwebebahnen und riesige Wolkenkratzer. Es gibt viele Visionen und Ideen, wie die Städte der Zukunft aussehen könnten. An verschiedenen Orten auf der Welt wird der Bau der Zukunftsstädte auch bereits erprobt. Zentral sind dabei etwa Fragen der Ökologie: Kann es gelingen, dass Städte in Zukunft kaum Energie verbrauchen und gar selbst welche produzieren?

In der Schweiz schiessen zwar noch keine neuen Megacities aus dem Boden. Aber auch hier beschäftigen Fragen zur Stadt-Gestaltung der Zukunft. Etwa: Wo werden sich die Leute treffen? Wie sieht ihre Arbeit aus? Was braucht es, wenn der Altersdurchschnitt ansteigt? «Zukunft findet Stadt», lautet der Titel des Städtetages, der am 25. und 26. August in Schaffhausen stattfindet. Dabei sollen Visionen und Ideen diskutiert werden; wie auch in diesem «focus».

Wir wünschen eine gute Lektüre!
Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt 1
Interview 2
Thema 3
Session und Vernehmlassungen 4
Städteverband im Fokus 5
Agenda 6

INTERVIEW

«Menschen, die Neues fasziniert, suchen den urbanen Raum»

Peter Neukomm
Stadtpräsident von Schaffhausen
Der Jurist Peter Neukomm wurde 2009 für die SP in den Schaffhauser Stadtrat gewählt. Er war anschliessend sechs Jahre für die Finanzen und das Personal zuständig. 2015 übernahm er das Stadtpräsidium.
Neukomm ist 54 Jahre alt, verheiratet und Vater von 3 Kindern.

Schaffhausen empfängt die Mitglieder des Städteverbandes am 25. und 26. August zum Städtetag.

Der diesjährige Städtetag trägt den Titel «Die Zukunft findet Stadt». Welche Rolle spielen die Schweizer Städte 2050?

Die Städte sind beliebt: Es ist gefragt, in Städten zu wohnen. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Ich bin der Ansicht, dass Städte für viele Zukunftsfragen gute Lösungen entwickeln. Es entstehen ökologisch hochwertige Quartiere und bei der Mobilität sind nachhaltige Planungen möglich. Generell bieten die Städte ein Umfeld, in dem Neues entsteht. Menschen, die Neues fasziniert, suchen den urbanen Raum.

Schaffhausen hat vor vier Jahren das Projekt «Zukunft Stadtleben» lanciert. Hat es bereits konkrete Auswirkungen?

Auslöser dieses Prozesses waren Defizite beim Wohnraumangebot. Wir stellten fest, dass sich der demografische Wandel bei uns stärker auswirken wird als anderswo. Wir setzten es uns deshalb zum Ziel, auch stadteigene Grundstücke für Familienwohnungen freizuspielen. Dies sollte, wo immer möglich, im Dialog mit der Bevölkerung geschehen. Für verschiedene Areale, die im Rahmen des Projektes bearbeitet wurden, konnten inzwischen Überbauungen geplant werden. Anfang Juni wurde an der Urne der Neubau eines städtischen Werkhofs und damit die Umnutzung eines attraktiven Areals am Rhein angenommen.

Urbane Zukunftsmodelle wollen Wohnen und Arbeiten zusammenbringen. Das Ansiedeln neuer Firmen ist aber komplex.

Es stimmt, dazu werden überall grosse Anstrengungen unternommen. Als Stadt arbeiten wir eng mit der kantonalen Wirtschaftsförderung zusammen. Es konnten in den letzten Jahren verschiedene internationale Headquarters angesiedelt werden. Für Schaffhausen war dies auch notwendig, damit der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt gelingt. Um weiter attraktiv zu bleiben, müssen wir bebaubare Flächen anbieten. Gerade in der Stadt ist dies aber schwierig, weil der Platz knapp wird. Es braucht neue Ideen: Umnutzung von Arealen und in die Höhe statt in die Fläche bauen.

Ein weiterer Standortfaktor sind Hochschulen. Wir arbeiten derzeit daran, eine private Hochschule nach Schaffhausen zu holen.

Widmen wir uns kurz Visionärem: Gibt es in der Schweiz einst glitzernde Solar-Wolkenkratzer mit Gartengeschossen, Büros und Wohnungen?

Solch spektakuläre Bauten werden nicht zuerst in Schaffhausen entstehen. Wir werden da nicht mit den grossen Metropolen im In- und Ausland mithalten können. In der Schweiz verlangsamen die demokratischen Prozesse vieles. Das ist aber nicht nur schlecht. Es kann auch ein Vorteil sein, denn so vermeiden wir manchmal auch Fehlentwicklungen.

In Ihrem Kanton wurde darüber abgestimmt, die Gemeindeebene ganz abzuschaffen. Wäre das zukunftstauglich?

Wir haben uns vehement gegen die Abschaffung der Gemeindeebene gewehrt. Städte und Gemeinden sind näher an den Anliegen der Bürger als der Kanton. Das Abstimmungsresultat zugunsten des heutigen Systems zeigt auch, dass die Gemeinden in den Augen der Bevölkerung das «Zukunftsmodell» sind.

Nach der Abstimmung wurde beschlossen, Aufgabenverteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden zu überprüfen. Die Gemeinden sind dafür offen, werden aber wachsam sein, damit es nicht zu reinen Lastenverschiebungen auf die kommunale Ebene kommt.

Welches werden für die Schweizer Städte die grössten Probleme sein in Zukunft?

Viele Städte sind gefordert, das attraktive Angebot, das sie auszeichnet, zu erhalten. Der finanzielle Druck steigt. Ich denke da etwa an Angebote bei Kultur, Sport und Freizeit, oder an den ÖV. Das sind Trümpfe im Standortwettbewerb, die nicht gefährdet werden dürfen.

Wie sieht Schaffhausen in 20 Jahren aus?

Positives erhalten und Neues entwickeln, heisst die Devise. Die Altstadt werden wir pflegen, damit sie als Wohn- und Begegnungsort und zum Einkaufen attraktiv bleibt. Trotz baulicher Verdichtung soll die Lebensqualität unserer Stadt erhalten und gefördert werden. Als Energiestadt wird Schaffhausen weiter das Gold-Label tragen, auch dank konsequentem Einsatz erneuerbarer Energien. Wirtschaftlich und gesellschaftlich werden wir von Impulsen der neuen Hochschule im Kammgarn-Areal profitieren.

THEMA

Die Zukunft findet Stadt - Science Fiction oder bald Realität?

Wie werden die Schweizer Städte in der Zukunft aussehen? Entstehen glitzernde Wolkenkratzer und hängende Gärten? Geprägt werden die Städte der Zukunft mit grosser Wahrscheindlichkeit von älteren Menschen und von Frauen. Und es wird sich zeigen, dass die Science-Fiction Filme mit ihren kühnen Visionen nicht immer Unrecht haben.

Dr. Andreas M. Walker
Co-Präsident swissfuture und Gründer von weiterdenken.ch. Walker promovierte in Wirtschaftsgeografie und Raumplanung

Städte sind seit historischen Zeiten der Brennpunkt menschlichen Zusammenlebens, Wirtschaftens und Politisierens. Dabei gilt das traditionelle bildungsbürgerliche Interesse nicht nur dem Blick zurück auf die grossen Zentren der Antike wie Athen oder Rom, unser christlich-europäischer Kulturraum kennt seit rund 2000 Jahren auch die grosse Sehnsucht nach einer perfekten Zukunftsstadt. Etwa dem himmlischen Jerusalem, das im Gegensatz zu Babylon steht. Und bereits in diesem alten symbolischen Gegensatzpaar verdeutlicht sich die Spannung zwischen Traum und Alptraum, die sich in den aktuellen Zukunftsbildern in Politik, Fachstudien, Science Fiction, Filmen und Games immer wieder abbildet.

Bereits heute leben in der Schweiz knapp drei Viertel der Bevölkerung in städtischen Gebieten. Weltweit geht die UN davon aus, dass noch in unserer Generation über 70 Prozent der Weltbevölkerung in Megacities mit mehr als 10 Millionen Einwohnern leben werden. Kein Wunder, dass also gerade die Stadt der Zukunft sowohl fantastische Visionen, wie auch schreckliche Ängste freisetzt. Sie steht als Kombination von menschgeschaffener Infrastruktur und sozialem Zusammenleben für kühne Ideen und grosse Emotionen.

Science Fiction und Zukunftsstudien als Orientierungslinien

Seien es Jules Vernes fantastische Romane aus dem 19. Jahrhundert oder die zahlreichen Science Fiction Filme aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – die Stadt der Zukunft wird als Projektionsfläche von Fortschritt verstanden. Dabei wächst sie in alle Richtungen: in die Breite, in die Höhe und in die Tiefe. Die Stadt steht für grossen, menschgewollten Fortschritt. Und mit grossem, technologischem Heilsglauben wird in Science Fiction und Future Studies optimistisch darauf vertraut, dass Fragen von Verkehr, Logistik, Energie und Sicherheit gelöst werden können. Rückblickend ist es in der Tat erstaunlich, wie viele Phänomene und technische Hilfsmittel, die unsere Väter und Grossväter noch in die ferne Zukunft projizierten, nun bereits in unserer Generation Realität geworden sind. Für unsere Kinder werden sie gar eine Selbstverständlichkeit sein. Aktuelle Schlagworte wie digitale Transformation, das Management von Megacities, die Vorstellung einer smart city oder Konzepte wie Industrie 4.0, vertical urban gardening oder urban mining stehen als Codes für diese zweckoptimistische Haltung – kühnste Träume sollen wahr werden, ermöglicht durch innovative Technologien.

Zugleich konkretisieren sich aber auch viele sogenannte «Doom Saying Szenarien», etwa sozial und kulturell bedingte Bürgerkriege innerhalb der Siedlungsräume, Verteilkämpfe um Wasser und Nahrung und neue Umweltkatastrophen. Dies zwar nicht in unseren beschaulichen Schweizer Städten, jedoch aber in asiatischen oder afrikanischen Megacities.

> «Als Ballungsräume für Wirtschaft und Bevölkerung könnten die Städte in Zukunft politisch wichtiger werden, als ihre territorialen Nationalstaaten.»

Auch Schweizer Städte denken über die Zukunft nach

In der Schweiz entwickeln zahlreiche Städte Szenarien und Leitbilder bis ins Jahr 2050, die sich insbesondere um die Herausforderungen Verkehr, Energie und Klimawandel bemühen. Das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung rief für 2015 das Wissenschaftsjahr zum Thema «Zukunftsstadt» aus. Und auch der Städtetag 2016 des Schweizerischen Städteverbandes fokussiert auf die Zukunft der Stadt und geht dabei Fragen nach, wie die Stadt nicht zum menschenfressenden Moloch wird, sondern weiterhin ein lebenswerter Wohnraum bleibt. Zudem geht es darum zu diskutieren, wie digitale Transformation und künstliche Intelligenz neue Konzepte für das urbane Leben und Arbeiten ermöglichen werden oder wie Innovationen die Mobilität gestalten können.

Verschiedene Aspekte in der städtischen Entwicklung werden noch unterschätzt

Andere Fragen werden dagegen erst zögerlich thematisiert, etwa, was es bedeuten wird, dass angesichts des demografischen Wandels die Stadt der Zukunft keine Stadt der Jungen, sondern eine Stadt der Alten sein könnte. Notabene mit nicht wenigen alleinstehenden Senioren, was auch für die Organisation der Alters-Infrastruktur berücksichtigt werden muss.

Weiter muss politisch berücksichtigt werden, dass Städte als Ballungsräume von Wirtschaft und Bevölkerung politisch wichtiger werden können als ihre territorialen Nationalstaaten. Oder dass Stadtluft nicht mehr frei machen wird, weil aufgrund der wachsenden Angst vor Kriminalität und Unfällen gerade der urbane Raum ein rund um die Uhr überwachter Raum werden könnte. Hierzu tragen nicht zuletzt die grossen technischen Möglichkeiten bei. Last but not least gilt es auch zu diskutieren, wie eine «weibliche Stadt» aussehen wird, denn gerade in den urbanen Generationen Y und Z werden die jungen Frauen und Mädchen ihre männlichen Altersgenossen punkto Bildungsniveau deutlich überrunden.

Die Stadt der Zukunft ist kein zufälliges magisches Schicksal

Auch wenn der alte Traum des himmlischen Jerusalem als perfekte Zukunftsstadt ein religiöses Bild war – Stadtentwickler, Architekten und Zukunftsexperten sind keine Halbgötter, die das optimale Modell der Future City vorgeben werden. Gerade in der Schweiz ist der Gedanke der Partizipation im genetischen Code einer Stadt eingeprägt. Somit wird die Zukunft der Stadt kein vorgegebenes Schicksal, sondern eine Konsequenz von wirtschaftlichen und politischen Entscheiden und den entsprechenden Taten und Untaten der Bevölkerung sein.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Der Städteverband blickt auf eine durchzogene Sommersession zurück. Erfreuliche Entscheide gab es beim Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und beim Thema Alkoholtestkäufe. Eine herbe Enttäuschung ist aber, dass das Parlament bei der Unternehmenssteuerreform III die Auswirkungen auf Städte und Gemeinden nicht berücksichtigte.

USR III: Gemeindepassus nicht unterstützt

Nach intensiven Debatten hat das Parlament die Unternehmenssteuerreform III verabschiedet. Leider haben die Räte die Auswirkungen der Reform auf die kommunale Ebene nicht berücksichtigt und einen Gesetzespassus, der die Kantone dazu anhalten sollte, allfällige Steuerausfälle für die Gemeindeebene abzufedern, nicht in das Paket aufgenommen. Für den Städteverband und die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren ist dies unverständlich. Städte und Gemeinden werden sich dennoch dafür einsetzen, dass die Kantone – deren Anteil an der direkten Bundessteuer wurde, wie auch vom SSV gefordert, auf 21,2 Prozent erhöht – die kommunale Ebene entsprechend abgelten.

Planungssicherheit für Agglomerationen

Wie vom Städteverband gefordert, ist der Nationalrat in der Sommersession dem Ständerat gefolgt und hat der unbefristeten Mitfinanzierung des Agglomerationsverkehrs im Rahmen des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF zugestimmt. Der Entscheid, künftig 9 bis 12 Prozent der NAF-Ausgaben für den Agglomerationsverkehr zu reservieren und bei Agglomerationsprogrammen abgesehen von den S-Bahnen wie bisher alle Verkehrsmittel zu berücksichtigen, bringt den Agglomerationen langfristige Planungssicherheit. Damit konnte der SSV ein wichtiges Anliegen im Parlament durchsetzen. Mit dem NAF erhalten auch die Nationalstrassen ein zuverlässig finanziertes Ausbaukonzept. Das Geschäft geht nun nochmals an den Ständerat, wo Fragen der Mittelbeschaffung zu klären sind.

Atomausstiegsinitiative abgekoppelt

In der Debatte um die Umsetzung der Energiestrategie 2050 konnten sich die Räte in mehreren Punkten finden: etwa bei den Subventionen für Grosskraftwerke oder bei der Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen. Zudem hat das Parlament beschlossen, das Massnahmenpaket zur Energiestrategie von der Atomausstiegsinitiative zu entkoppeln. Differenzen bleiben unter anderem bei Produktionszielen für Strom aus erneuerbaren Energien.

Grundlage für Alkoholtestkäufe schaffen

Der Ständerat folgte dem Nationalrat und stimmte der Motion von Nationalrätin Maja Ingold (EVP/ZH) zu. Nachdem der letzte Versuch einer Änderung des Alkoholgesetzes im vergangenen Winter gescheitert ist, setzt sich der Städteverband nun dafür ein, dass eine gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe geschaffen wird. Der Bundesrat will das Anliegen in der zweiten Teilrevision des Alkoholgesetzes bis Ende 2016 aufnehmen.

Ratifizierung erst bei einer Lösung zur MEI

Im März hat der Bundesrat das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien unterzeichnet. Nun wurde es dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet. Das Abkommen ist für die Schweiz vor allem mit Blick auf das Forschungsabkommen Horizon 2020 von Bedeutung. Nach einem langem Hin und Her stimmten beide Räte dem Antrag der Einigungskonferenz zu: Wie vom Ständerat gefordert, darf der Bundesrat das Protokoll erst ratifizieren, wenn mit der EU eine verfassungskonforme Lösung zur Steuerung der Zuwanderung gefunden ist.

Kein nationales «Littering»-Gesetz

Das Wegwerfen von Abfall ist kantonal unterschiedlich geregelt. Der Nationalrat hat sich sich nun gegen einen Gesetzesvorschlag ausgesprochen, der schweizweit Bussen für Littering vorsah. Es gebe nicht genügend Polizisten, um das Verbot umzusetzen, so die Argumentation.

Vernehmlassungen

Konsultation des Aktionsplans Suizidprävention von Bund und Kantonen

Die Bundesversammlung erteilte dem Bundesrat mit der Annahme einer Motion 2014 den Auftrag, die Suizidprävention zu stärken. Der Bund wurde beauftragt einen Aktionsplan vorzulegen und umzusetzen, um nicht-assistierte Suizide und Suizidversuche zu reduzieren. Obwohl sich die Zahl der Selbsttötungen zwischen 1980 und 2010 deutlich reduziert hat, nehmen sich in der Schweiz jährlich immer noch rund 1000 Personen das Leben – das ist mehr als die Summe der Personen, die bei Verkehrsunfällen oder durch Drogen stirbt.

Ein zwischen Bund und Kantonen abgestimmter Aktionsplan wird von den Städten grundsätzlich begrüsst. Der kommunalen Ebene kommt bei der Suizidprävention eine grosse Bedeutung zu. So sind beispielsweise Jugend- und Suchtfachstellen oder Sozialdienste, deren Angebote niederschwellig sind, für Betroffene nicht selten eine erste Anlaufstelle. Es ist deshalb von Bedeutung, dass die Angebote der kommunalen Ebene entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten.

Vernehmlassung zur Verordnung des UVEK zur Gewässerschutzverordnung

In der seit Januar 2016 geltenden revidierten Gewässerschutzverordnung werden die Details für die Elimination der Mikroverunreinigungen aus dem Abwasser geregelt. In einer departementalen Verordnung sind nun die genauen Anforderungen an die Messtechnik der Reinigungsleistung definiert worden. Die Organisation Kommunale Infrastruktur hat in der Vernehmlassung die Verordnung mit einigen Anpassungsanträgen begrüsst.

Ausführliche Stellungnahme unter:
http://kommunale-infrastruktur.ch/de/Info/Politik/Vernehmlassungen

Bafu-Dossier Mikroverunreinigungen:
http://www.bafu.admin.ch/

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Erfreulicher Abstimmungssonntag für den Städteverband

Die Abstimmungen des 5. Juni sind für den Städteverband erfreulich ausgefallen. Die «Milchkuh-Initiative» hätte grosse Finanzmittel für den Strassenbau zweckgebunden. Ihre Ablehnung ermöglicht eine Neuordnung der Verkehrsfinanzierung über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF.

Der SSV hatte sich im Vorfeld des Urnenganges auch für ein «Ja» zur Asylgesetzrevision stark gemacht. Aus Sicht der Städte bietet die Beschleunigung der Verfahren Chancen bei der (Arbeits-)Integration von Flüchtlingen.

Das deutliche «Nein» zur Service-Public-Initiative zeigt aus Sicht des SSV, dass eine gute Grundversorgung als wichtig erachtet wird, den dort tätigen Unternehmen aber auch Spielraum für eine zukunftsgerichtete Unternehmenspolitik zur Verfügung stehen soll.
www.staedteverband.ch

Bericht zur Langzeitpflege: Die politische Debatte muss rasch gestartet werden

Der Bundesrat hat Ende Mai den Bericht über die Perspektiven in der Langzeitpflege veröffentlicht. Es wird darin eine Auslegeordnung mit Massnahmen vorgenommen, welche die Kostenlast in der Pflege dämpfen können. Der Bund anerkennt zudem die finanzielle Mehrbelastung der kommunalen Ebene: Kantone und Gemeinden wären bei einer Weiterführung des Status quo gezwungen, ihre Steuern bis 2045 um 12 Prozent ihrer bisherigen Einnahmen zu erhöhen. Umso wichtiger ist es nun, rasch eine Debatte zur Pflegefinanzierung zu führen.

Als dringliche Massnahme gilt es zudem, die Kostenverteilung zwischen den Leistungsbezügern, den Krankenkassen und der öffentlichen Hand anzupassen.
www.staedteverband.ch

Sessionsanlass zu TiSA/TTIP: Handlungsspielraum muss erhalten bleiben

Auf grosses Interesse stiess eine Veranstaltung, welche von den beiden parlamentarischen Gruppen Kommunalpolitik, deren Sekretariat der Städteverband führt, und Musik in der Sommersession durchgeführt wurde. Thema waren die Handelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement) und TTIP (Transatlantic Trade & Investment Partnership). Es zeigte sich deutlich, wie kontrovers die Auswirkungen der geplanten Marktliberalisierungen beurteilt werden. Einerseits wurde der Abbau bestimmter Wettbewerbsverzerrungen und die Harmonisierung von Normen gewürdigt, andererseits wurde vehement gefordert, dass Kultur nicht wie eine andere Ware behandelt werden darf, dass der politische Handlungsspielraum der öffentlichen Hand beim Service public nicht eingeschränkt wird und dass Werte und Standards nicht gefährdet werden.

Tagung zu Radikalisierung und Extremismus: Dokumentation verfügbar

Rund 300 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft diskutierten am 23. Juni in Bern Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung von Radikalisierung in der Gesellschaft. Die vom SSV organisierte Tagung löste ein breites Medienecho aus. Die Dokumentation zur Tagung ist online verfügbar. Zudem wird die nächste «focus»-Ausgabe dem Thema gewidmet sein.
www.staedteverband.ch

Städtekonferenz Mobilität will die Sicherheit im Verkehr weiter verbessern

Die Mitglieder der Städtekonferenz Mobilität diskutierten am 20. Juni an ihrer Versammlung Möglichkeiten, wie der Stadtverkehr noch sicherer werden kann. Die letzten Jahre zeigen einen positiven Trend, allerdings sind primär Insassen von PWs sicherer unterwegs. Um die Verkehrssicherheit auch für die anderen Verkehrsteilnehmenden zu verbessern, setzt sich dich SKM dafür ein, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten im Stadtverkehr weiter sinken und neue Infrastrukturen wie Fahrradstrassen getestet werden können. Die Verbesserung der Verkehrssicherheit soll auch ein wichtiges Ziel der Agglomerationsprogramme sein, mit denen sich der Bund an Investitionen in Städten und Agglomerationen beteiligt.
www.skm-cvm.ch

Kurzmeldungen

Energieeffizienz steigern

Mittels Energiespar-Contracting wird ein neues Modell zur Finanzierung der Erneuerung von Gebäude-Infrastruktur angeboten. Dieses sieht vor, dass ein Investor für die Aufwendungen der Renovation aufkommt und als Gegenleistung an dem durch die Energie-Einsparungen entstandenen «Gewinn» beteiligt wird. Zur Förderung des Energiespar-Contractings ist kürzlich der Verband swissesco gegründet worden. Er richtet sich auch an Städte und Gemeinden.
www.swissesco.ch

Die 400. Energiestadt ist gekürt

Die Labelkommission des Trägervereins Energiestadt hat an ihrer Juni-Sitzung die 400. Energiestadt zertifiziert, es ist die Tessiner Gemeinde Camorino.
www.energiestadt.ch

Gesundheit der Mitarbeiter fördern

Gesundheitsförderung Schweiz organisiert am 24. August 2016 in Zürich eine Tagung zum Gesundheitsmanagement in Betrieben. Es referieren Vertreter von Unternehmen und auch aus der Verwaltung. Erläutert wird etwa die Balance von Beruf und Privatleben im Pflegebereich.
www.gesundheitsfoerderung.ch

Intergenerationelles Engagement

Die Gemeinnützige Gesellschaft SGG und die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften SAGW laden für den 14. September zu einer Tagung in Freiburg i. Ü. Sie widmet sich dem Engagement der Zivilgesellschaft bei generationenverbindenden Projekten und richtet sich an Städte und Gemeinden. Vorgestellt werden etwa Projekte zur Nachbarschaftshilfe.
www.sagw.ch

Auszeichnung für Elektromobilität

Das Bundesamt für Strassen und das Forum Elektromobilität verleihen am 19. Januar 2017 erstmals den «goldenen Stecker» an Schweizer Städte und Gemeinden, die einen beispielhaften Einsatz für die Entwicklung der Elektromobilität leisten.
www.forum-elektromobilitaet.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

25./26. August 2016
Städtetag 2016 «Städte der Zukunft – die Zukunft der Stadt» in Schaffhausen
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

31. August 2017 / 1. September 2017
Städtetag 2017
Datum bitte bereits vormerken!

Organisation Kommunale Infrastruktur

30. Juni 2016
Seminar - «Evaluation und Vergabe von Planer- und Werkleistungen mithilfe des KBOB-Vergabetools» in Olten
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch

30. Juni 2016
Seminar - «Verrechnung von Preisänderungen im Baubereich mit den Vertragsnormen SIA 122, 123 und 126» in Olten
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch

6. / 21. September 2016
Infrastrukturmanagement in Gemeinden - wie einführen? in Winterthur und Olten
Information: www.kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

9. September 2016
KSFD-Fachveranstaltung «Städte und Gemeinden unter Spardruck» in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch

27./28. Oktober 2016
Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur in Chur
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch

Weitere Organisationen

14. September 2016
Tagung: Zusammen Leben – wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können in Freiburg (Patronat SSV)
Informationen: www.intergeneration.ch

14. November 2016
AEE SUISSE Kongress 2016 «Auf der Überholspur in die Energiezukunft» in Bern (Patronat SSV)
Information: www.aee.kongress.ch

Impressum
Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Andrea Zimmermann, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer, Julia Imfeld; Übersetzungen: proverb
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Bild Seite 2: zvg
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch